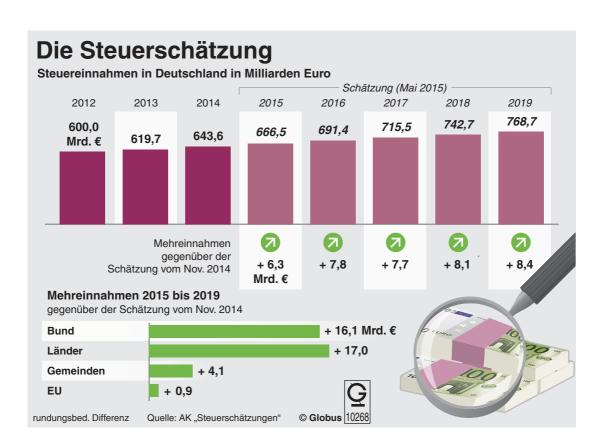


Freies Reisen in Europa

Im Jahr 1984 einigten sich Frankreich und Deutschland darauf, ihre gemeinsamen Grenzen schrittweise abzubauen. Noch im selben Jahr schlossen sich Belgien, Luxemburg und die Niederlande an. Ein Jahr später unterzeichneten die fünf Staaten in der Gemeinde Schengen im Großherzogtum Luxemburg das Schengener Abkommen. Nachdem 1990 mit dem Schengener Durchführungsübereinkommen konkrete Regelungen für die Einführung des freien Personenund Warenverkehrs beschlossen wurden, trat das Abkommen im März 1995 in Kraft. In den fünf genannten Staaten sowie in Portugal und Spanien fielen die Grenzkontrollen. Inzwischen wenden 26 Staaten die Regelungen des Schengener Abkommens vollständig an, davon vier, die nicht Mitglied in der Europäischen Union sind. Dazu kommen weitere vier Staaten, in denen die Regelungen noch nicht vollständig angewendet werden, sowie Großbritannien und Irland, die zwar keine Schengen-Staaten sind, sich aber an der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz beteiligen, zum Beispiel am Schengener Informationssystem, der gemeinsamen Fahndungsdatei, in der Informationen über Personen und Objekte gespeichert werden. Seit 1999 ist das Schengener Abkommen Teil des EU-Rechts. Seitdem müssen allen neuen Mitgliedsstaaten der EU den Schengen-Besitzstand in ihr nationales Recht übernehmen. Globus

Quelle: Bundesministerium des Innern, Auswärtiges Amt; Internet: http://dpaq.de/E2Ef6, http://dpaq.de/IEoSE Siehe auch Grafik: 10251, 10147, 10127, 10045; Grafik: Ruben Mühlenbruch; Redaktion: Dr. Bettina Jütte



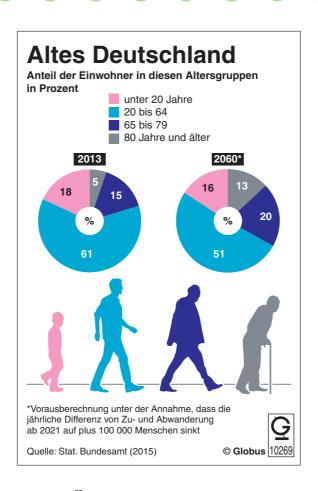
Nach oben korrigiert

Gut 38 Milliarden Euro wird der Staat bis zum Jahr 2019 mehr einnehmen, als bislang erwartet wurde. Das ist das Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2015. Die sprudelnden Steuereinnahmen sind vor allem eine Folge der guten Konjunktur und der hohen Beschäftigung. Für 2015 erwarten die Steuerschätzer 6,3 Milliarden Euro mehr als in der Novemberschätzung, und auch für die folgenden Jahre wurden die alten Schätzungen nach oben korrigiert. Insgesamt sollen die Steuereinnahmen von 666,5 Milliarden Euro im laufenden Jahr auf fast 769 Milliarden Euro im Jahr 2019 zulegen. Für die Bürger ist ab 2016 eine kleine Entlastung in Sicht, denn dann soll die sogenannte "kalte Progression" abgemildert werden. Nach den bekannt gewordenen Plänen bringt das dem einzelnen Steuerzahler allerdings nur einige Euro mehr im Monat. Für den Staat summiert sich die Entlastung auf rund 1,5 Milliarden Euro Mindereinnahmen pro Jahr. Globus

Quelle: Arbeitskreis "Steuerschätzungen"; Internet: http://dpaq.de/YjBWc

Siehe auch Grafik: 10227, 6741, 6479, 6436 Grafik: Daniel Dytert; Redaktion: Wolfgang Fink





Deutlicher Anstieg der Älteren bis zum Jahr 2060

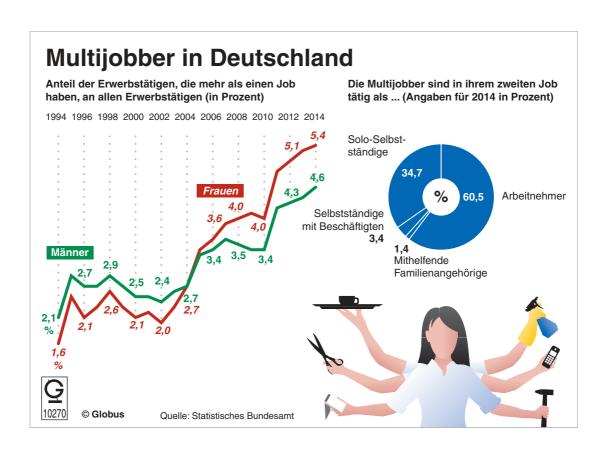
Die Zahl der Geburten in Deutschland geht seit Mitte der 60er Jahre deutlich zurück. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung in Deutschland immer weiter an. Insbesondere das Altern der derzeit stark besetzten mittleren Jahrgänge wird zu gravierenden Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung führen. Nach der 13. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird der Anteil der Personen ab 65 Jahre bis zum Jahr 2060 deutlich steigen, der Anteil der mittleren und jungen Jahrgänge dagegen sinken. Stellten die 65- bis 79-Jährigen im Jahr 2013 15 Prozent der Bevölkerung, wird ihr Anteil 2060 20 Prozent betragen. Der Anteil der Hochbetagten ab einem Alter von 79 Jahren wird von fünf auf 13 Prozent steigen. Der Anteil der unter 65-Jährigen wird von 79 Prozent im Jahr 2013 auf 67 Prozent sinken. Voraussetzung dieser Prognose ist, dass sich die demografische Entwicklung kontinuierlich fortsetzt und die Nettowanderung bis zum Jahr 2021 auf 100 000 Menschen sinkt. Diese Veränderung im Altersaufbau stellt insbesondere für die Rentenversicherung eine Herausforderung dar, weil immer mehr Ältere der erwerbsfähigen Generation gegenüberstehen werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Internet: http://dpaq.de/ocJWm

Siehe auch Grafik: 10274, 10179, 6824, 6782

Grafik: Fred Bökelmann; Redaktion: Dr. Bettina Jütte





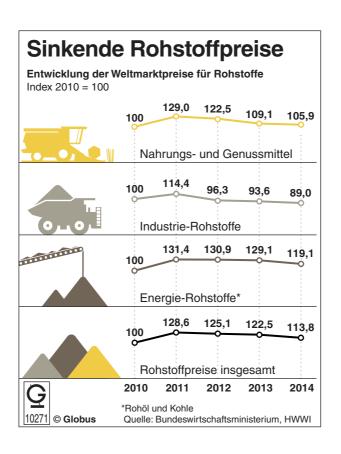
Zwei Millionen Mehrfachjobber

Fünf Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland haben mindestens zwei Jobs. Das sind rund zwei Millionen Menschen in Deutschland. Im Vergleich zu 2011 erhöhte sich ihre Zahl um knapp 13 Prozent. Das geht aus der Arbeitskräfteerhebung des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2014 hervor. Die Gründe, warum immer mehr Menschen einen zweiten Job annehmen, sind vielfältig. Für viele Menschen sei es eine Geldfrage, meinen Forscher der Hans-Böckler-Stiftung. Wenn das Einkommen aus der ersten Tätigkeit nicht ausreicht, stocken die Leute mit einem Nebenjob auf. Die Experten am Institut der deutschen Wirtschaft in Köln sehen auch die fehlende Auslastung von Teilzeitbeschäftigten als Motiv. Besonders im Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesen seien Teilzeitjobs stark verbreitet, so dass in diesen Branchen immer mehr Menschen einen Zweitjob annehmen. Daher könnte die Zahl der Mehrfachbeschäftigten in den kommenden Jahren noch steigen – vor allem bei Frauen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Internet: http://dpaq.de/WwkWW

Siehe auch Grafik: 10252, 10231, 10219, 10205

Grafik: Fred Bökelmann; Redaktion: Sophie Thunemann



Weltmarktpreise geben nach

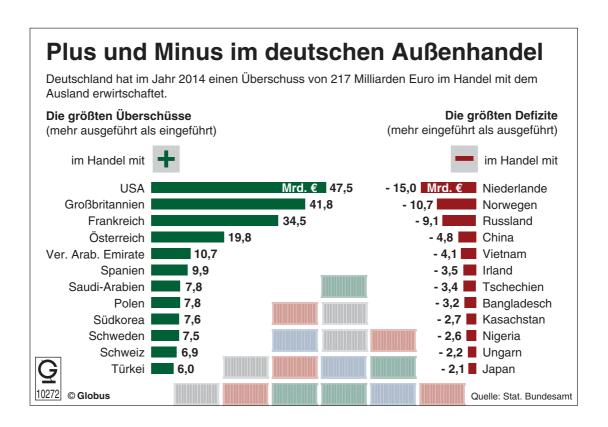
Die Preise für Rohstoffe sind im vergangenen Jahr gesunken. Im Durchschnitt des Jahres 2014 lagen die Weltmarktpreise für Rohstoffe 7,2 Prozent unter den Preisen des Vorjahres. Das geht aus Berechnungen des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts HWWI hervor. Am stärksten gaben die Preise für Energie-Rohstoffe nach. Sie lagen (auf Dollar-Basis gerechnet) im Jahresdurchschnitt um 7,7 Prozent unter denen des Jahres 2013 – eine Entwicklung, die unter anderem Autofahrer sehr deutlich an den Zapfsäulen nachvollziehen konnten. Und diese Entwicklung hat sich im letzten Quartal 2014 noch beschleunigt: Da waren die Energie-Rohstoffe sogar fast 30 Prozent günstiger als im Vorjahreszeitraum. Für die Länder, die auf Einfuhr von Rohstoffen angewiesen sind, ist das eine positive Entwicklung, fällt doch ihre Importrechnung deutlich niedriger aus. Für die Länder, für die der Export von Rohstoffen eine wichtige Einnahmequelle darstellt, verhält es sich genau anders: Ihnen fehlen wichtige (Devisen-)Einnahmen in der Kasse.

Quelle: Bundeswirtschaftsministerium, Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut (HWWI)

Internet: http://dpaq.de/qkMRI; siehe auch Grafik: 10236, 10078, 5207

Grafik: Ruben Mühlenbruch; Redaktion: Wolfgang Fink





Größtes Defizit mit den Niederlanden

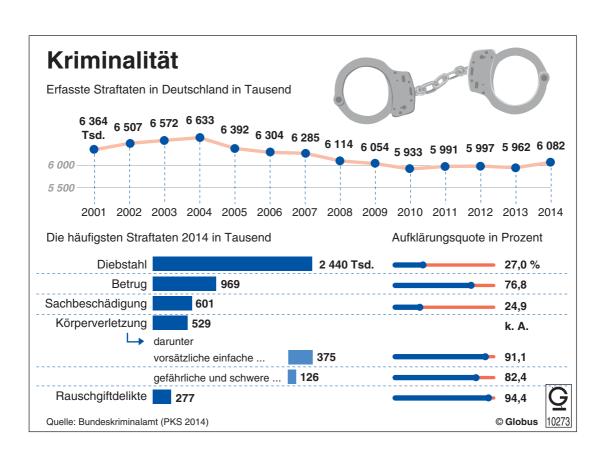
Deutschland hat in den vergangenen Jahren enorme Überschüsse im Außenhandel erzielt. Zieht man von den Ausfuhren die Einfuhren ab, so ergab dies für 2014 einen Überschuss von 217 Milliarden Euro (nach 195 Milliarden Euro 2013). Den größten Überschuss erzielte Deutschland mit den USA. Während die US-amerikanischen Unternehmen Waren im Wert von 48,6 Milliarden Euro nach Deutschland lieferten, konnte Deutschland Waren im Wert von 96,1 Milliarden Euro in den USA absetzen. Das größte Defizit gab es im Handel mit den Niederlanden, einem der großen Lieferanten von Erdgas, aber auch von Agrarprodukten nach Deutschland: Deutsche Unternehmen lieferten Waren im Wert von 73,1 Milliarden Euro in die Niederlande; die Importe aus den Niederlanden betrugen jedoch 88,1 Milliarden, so dass unterm Strich ein Minus von 15 Milliarden Euro erzielt wurde.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Internet: http://dpaq.de/CDXZx

Siehe auch Grafik: 10259, 10181, 10144

Grafik: Karen Losacker; Redaktion: Wolfgang Fink





Mehr Straftaten im Jahr 2014

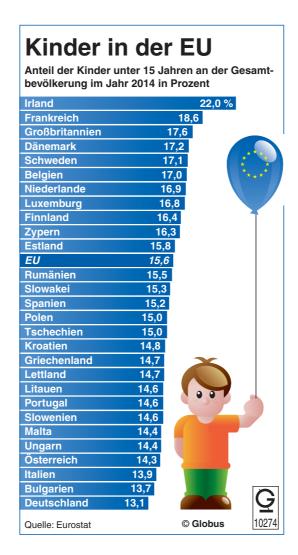
Die Polizei in Deutschland hat im Jahr 2014 knapp 6,1 Millionen Straftaten registriert. Insgesamt waren es 120 402 Straftaten bzw. zwei Prozent mehr als im Jahr davor. Wie schon in den Vorjahren war die häufigste Straftat 2014 mit 2,4 Millionen erfassten Fällen der Diebstahl. An zweiter Stelle folgte der Betrug (knapp eine Million Fälle) und an dritter Stelle die Sachbeschädigung (rund 0,6 Millionen Fälle). Eine deutliche Zunahme von Fällen registrierte die Polizei bei Straftaten gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und Freizügigkeitsgesetz wie beispielsweise das Einschleusen von Ausländern (plus 45 841 Fälle), einen deutlichen Rückgang gab es bei Sachbeschädigungen (minus 20 587 Fälle). Die Aufklärungsquote lag 2014 insgesamt bei 54,9 Prozent.

Quelle: Bundeskriminalamt; Internet: http://dpaq.de/oIRXI

Siehe auch Grafik: 6483, 6430, 6256

Grafik: Karen Losacker; Redaktion: Dr. Bettina Jütte





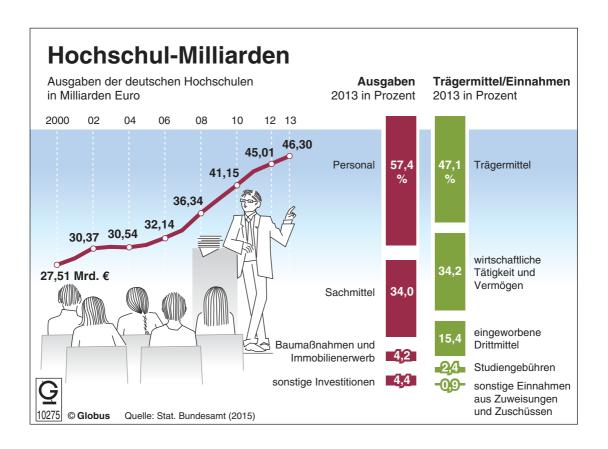
Ausnahme Dänemark

Irland hat den höchsten Kinderanteil in der gesamten EU. Das geht aus einer Auswertung der Statistikbehörde Eurostat hervor. 22 Prozent der Einwohner Irlands sind jünger als 15 Jahre. Damit führt die Insel das EU-Ranking mit großem Abstand an. An zweiter Stelle folgt Frankreich mit einem Kinderanteil von 18,6 Prozent. Deutschland bildet mit einem Anteil von 13,1 Prozent das Schlusslicht in der EU. Insgesamt ging der Kinderanteil in allen 28 EU-Ländern zurück, einzige Ausnahme ist Dänemark. 1994 waren 17,1 Prozent aller Dänen jünger als 15 Jahre, 2014 lag der Anteil bei 17,2 Prozent. Die größten Rückgänge verzeichneten Zypern und Polen mit 8,9 bzw. 8,7 Prozentpunkten. In der gesamten EU sank der Anteil in 20 Jahren von 18,6 Prozent auf 15,6 Prozent im Jahr 2014.

Quelle: Eurostat; Internet: http://dpaq.de/8uSfH Siehe auch Grafik: 10179, 10167, 10060

Grafik: Fred Bökelmann; Redaktion: Sophie Thunemann





Ausgaben der Hochschulen erneut leicht gestiegen

Im Jahr 2013 gaben die deutschen Hochschulen knapp 46,3 Milliarden Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung aus. Das waren 2,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Das geht aus den Zahlen des Statistischen Bundesamts hervor. Am stärksten gestiegen im Vergleich zu 2012 sind die Sachkosten (plus 5,2 Prozent). Größter Ausgabeposten waren mit 26,6 Milliarden Euro die Personalkosten. Finanziert wurden die Ausgaben zum größten Teil durch die Mittel der Hochschulträger. An zweiter Stellten folgten die eigenen Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Vermögen, an dritter die von den Hochschulen eingeworbenen Drittmittel. Wichtigste Drittmittelgeber waren die Deutsche Forschungsgemeinschaft, der Bund und die gewerbliche Wirtschaft. Drittmittel sind in erster Linie für Forschung und Entwicklung bestimmt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Internet: http://dpaq.de/rVyg8

Siehe auch Grafik: 6809, 6805, 6712

Grafik: Karen Losacker; Redaktion: Dr. Bettina Jütte